Welche Zukunft für den VHTL?

Autor(en): **Rieger, Andi**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): **- (1993)**

Heft 21: **Crisi Krise crise : Vorschläge der Gewerkschaften**

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-584269

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

WELCHE ZUKUNFT FÜR DEN VHTL?

1992 hat eine interne Strukturkommission des VHTL ein «Entwicklungskonzept VHTL 2000» vorgelegt (vgl. DiSKUSSiON Nr. 19). Ausgangspunkt war darin die Feststellung, dass der VHTL in der aktuellen Form keine langen Überlebenschancen mehr hat: Sinkende Mitgliederzahlen und finanzielle Einnahmen stehen einem sehr grossen, wachsendem Organisationsbereich gegenüber, den der VHTL mit den bisherigen Mitteln immer weniger erfassen kann. «VHTL 2000» sah zwei Varianten vor: Fusion mit einer oder mehreren SGB-Gewerkschaften oder aber die Schaffung eines «Gemeinschaftsverbandes» von verschiedenen Fach- und Branchenverbänden im Tertiärbereich. Die Strukturkommission arbeitete v.a. die zweite Variante aus, da sie eine eigenständige SGB-Gewerkschaft im Tertiärbereich als absolut nötig erachtete. Von der Betonung der Fach- und Branchenverbände innerhalb des Gemeinschaftsverbandes erhoffte sich die Kommission u.a., dass sie die Integration von bereits ausserhalb des VHTL bestehenden Berufsverbänden (Personal der Bäckereien, Metzgereien, des Buchhandels, u.a.) ermöglichen könnte.

VON ANDI RIEGER

In der Vernehmlassung des VHTL ist diese Perspektive z.T. auf heftige Opposition gestossen, v.a. seitens der verbandsintern relativ starken Regionalverbände, die sich durch die vermehrte vertikale Aufteilung in Fachverbände in Frage gestellt sahen.

Der Zentralvorstand des VHTL hat darauf im Mai 1993 dem Verband eine «konsensfähige Vorlage» unterbreitet, die in der VHTL-Zeitung vom 27. Mai 1993 publiziert wurde («10 Punkte zur Strukturreform und Entwicklung VHTL 2000»). Der jetzige Vorschlag hält am Ziel des VHTL «als die massgebende Gewerkschaft in den Bereichen der privaten Dienstleistungen und Lebensmittel» fest. Dazu will er sich für die Zusammenarbeit mit weiteren Arbeitnehmerorganisationen öffnen, sei dies durch Kooperation, Beitritt als Unterverband oder Fusion mit dem VHTL. In dieser Perspektive sieht der Vorschlag eine Aufwertung der Fach- bzw. Branchenstrukturen vor, hält aber im Gegensatz zum Projekt der Strukturkommission die Regionalverbände aufrecht. Diese behalten ihr altes Gewicht, indem diese einen Teil der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen erhalten und Beitragszuschläge erheben können. (Dies wiederum dürfte eine Integration bestehender Verbände schwieriger machen.)

Die «10 Punkte» des Zentralvorstandes sind im VHTL nun in Diskussion; der ausserordentliche Kongress vom 12. November 1993 wird danach über die Zukunftsoption beschliessen. Vielleicht werden dabei auch die ursprünglichen Alternativ-Optionen der Strukturkommission wieder zur Debatte stehen.

■

NEUES VPOD-PROGRAMM IN DISKUSSION

Die Zeitung des VPOD veröffentlichte am 7. Mai 1993 in einer Extrabeilage den ersten Entwurf für ein neues Arbeitsprogramm des VPOD. Bereits am letzten Verbandskongress von 1991 war über einige grundlegende Programmfragen diskutiert worden, worauf die Programmkommission den jetzigen Vorschlag verfasste. Der VPOD definiert sich darin als «gewerkschaftliche Gegenmacht» und als Instrument der Lohnabhängigen gegenüber den Arbeitgebern, postuliert jedoch auch einen «politischen Auftrag» der Gewerkschaft. Verschiedenste Gruppen von Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes sollen im VPOD zusammenfinden und hier Netze der Solidarität und des gemeinsamen Handelns aufbauen.

Die Arbeit und ihre Verteilung steht sodann im Zentrum des Programmentwurfs: Neu wird nicht allein die Erwerbsarbeit in Betracht gezogen, sondern auch die unbezahlte Arbeit soll umverteilt werden, sowohl zwischen Männern und Frauen wie auch zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen.

Einen wichtigen Platz im Programm nimmt sodann der Staat ein, nicht verwunderlich im Programm einer öffentlichen Gewerkschaft. Dieser Teil des Programms scheint allerdings wenig gelungen, indem kaum unterschieden wird zwischen verschiedenen staatlichen Funktionen und Ebenen: «Für einen leistungsfähigen Staat», «gegen die Staatsverdrossenheit» mögen als Orientierungen für öffentliche Dienstleistungen oder für die Umverteilungstätigkeit des Staates zwar sinnvoll sein. Gegenüber dem Staat als bürokratischem Apparat, der die Interessen der Mächtigen vertritt, wäre aber grössere Distanz angesagt.

Problematisch nicht nur beim Staatskapitel scheint schliesslich, dass die einzelnen Programmpunkte als Wünsche «in der Luft hängen» und nicht als Antworten auf bestehende soziale Realitäten dargestellt sind.

Der Programmentwurf liegt den Sektionen derzeit zur Vernehmlassung vor. Das neue Arbeitsprogramm soll 1995 vom nächsten VPOD-Kongress beschlossen werden.

Andi Rieger